

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Ämtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich 6 mal. Bezugspreis für 1/2 Monat 45 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 1 Goldmark.
Verkaufsstelle und Schriftleitung: Stolper, Präsidentenstraße 45
Fernsprecher 18

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 15 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolper 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß, die 3 gespaltene Reklamezeile 45 Goldpfennig. — — —
Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 19 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 50

Donnerstag, den 28. Februar 1924.

48. Jahrgang

Der Hitler-Prozess.

Hitlers Verteidigungsrede.
Fortsetzung.

Meine Meinung über Herrn von Raahr ist folgende:
Er ist ein biederer, ehrenhafter alter Beamter, aber damit zu leichten Umständen war, wenn er eine tüchtige Stütze hinter sich hatte. Das war zu Zeiten, als Böhner ihm zur Seite stand. Damals hat die Arbeit nicht Raahr geleitet, sondern Böhner. Am 27. September erhielten wir die offizielle Einladung zu einer Sitzung im Generalkriegsministerium, zu der die Vertreter der Vaterländischen Verbände eingeladen waren. Da mir Raahr nicht die Person zu sein schien, große Erwartungen der Nation zu erfüllen, ging ich nicht zu ihm herauf. Für mich ging Dr. Scheubner. Wie dieser mir mitteilte, hat Raahr erklärt, daß er die tatsächliche Macht, wenn auch unter dem äußeren Lockwort „Vollziehende Gewalt“ in der Hand habe. Ein Grund für das Versammlungsverbot war nicht angegeben. Später hörte ich, daß es die Befürchtung eines Putschs gewesen wäre, und daß aus dem gleichen Grunde das Generalkriegsministerium eingerichtet wurde. Wenn dem wirklich so gewesen wäre, dann wäre es selbstverständliche Pflicht des Generalkriegsministeriums gewesen, alle diejenigen Leute, von welchen man wußte, daß sie einen Putsch machen wollten, hinter Schloß und Riegel zu bringen. Raahr dagegen begünstigte meinen Vertreter, bedauerte, mich nicht persönlich begrüßen zu können. Kein Wort von Putschabsichten, sondern lediglich eine Erklärung, wie wir zu ihm persönlich uns stellen würden.

Eigentümlich ist, daß das Generalkriegsministerium zwei Tage vor unserer Versammlung eingesetzt wurde, während bereits 14 Tage vorher erklärt wurde, daß die ganze vaterländische Bewegung in zwei Häufen zusammengefaßt werden müßte, in einer militärischen Faust und in einer zivilen Faust, nämlich der des Herrn von Raahr. Der wahre Grund für das Versammlungsverbot wollte man nicht angeben. In den letzten Tagen hatte ich in Baurath eine Besprechung mit Hauptmann Heiß, der seine Überzeugung aussprach, daß Raahr entschlossen sei, die deutsche Frage aufzurollen, d. h. in den Kampf gegen den Norden einzutreten. Ich hatte die Befürchtung, daß Raahr nicht dazu entschlossen ist. Hitler erläutert in diesem Zusammenhang in temperamentvollen Worten seine Stellung zum Föderalismus. Die Selbständigkeit der einzelnen Staaten könne nur auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet in Frage kommen, keineswegs auf sozialpolitischem oder machtpolitischen Gebiet. Der Kampf gegen Berlin konnte aber niemals geführt werden in Verteidigung rein bayerischer Rechte.

Gegen Hauptmann Heiß war damals ein Halbbefehl erteilt worden, weil er in einer Rede ausgeführt hat, daß der Kampf nach dem Norden begraben werden müsse und daß bayerische Häute in Berlin Ordnung schaffen werden. Diesen Halbbefehl hat damals Herr von Raahr fittiert. Er konnte also in jener Neuerung zum mindesten nichts Strafbares ersicht haben. Er mußte der Überzeugung gewesen sein, daß dieser Kampf gegen Berlin gerechtfertigt und vielleicht auch notwendig wäre. Tatsächlich waren damals auch alle Vorbereitungen getroffen, um den Kampf gegen Berlin auszuführen. Diese Vorbereitungen mußten in mir die Überzeugung bestärken und befestigen, daß der Kampf selbst unausweichlich sei. Ueber die getroffenen Vereinbarungen bitte ich in einer nichtöffentlichen Sitzung weitere Ausführungen machen zu dürfen.

Damals ging ich zu Loffow. Nach der Gehorsamsverweigerung Loffows konnte es meiner Meinung nach keine andere Alternative mehr geben als Sturm oder Kampf bis zum äußersten. Wenn ein General in dieser Stellung seiner vorgelegten Behörde den Gehorsam verweigert, dann muß er entweder dem begonnenen Kampf zu Ende zu führen, oder er ist ein gewöhnlicher Meuterer und Rebell. Das war auch damals schon die Überzeugung Ludendorffs. Ich habe damals Loffow erklärt, das Volk habe erwartet, daß jetzt der Kampf gegen die Novemberverbrecher mit aller Rücksichtslosigkeit aufgenommen wird und daß aus dieser nationalen Volkserhebung eine Diktatur emporsteigt. Das Volk habe anderes erwartet als Bier- und Kohlenpreiserhöhung, als unmögliche wirtschaftliche Ratsschläge.

Ich habe zu Loffow gesagt, es gäbe drei Möglichkeiten: entweder den begonnenen Kampf zu Ende zu führen, oder aber eine Kapitulation, oder, als letzter Ausweg, sich nach auswärtiger Hilfe umzusehen.

Loffow hat das letztere sofort entschieden abgelehnt und auch eine Kapitulation als ausgeschlossen erklärt. Also dann Kampf! In dieser Unterredung habe ich Loffow gesagt, daß meiner Meinung nach für eine Diktatur Böhner in Frage kommen könne, der der energischste und fähigste Kopf sei, und ich habe weiter betont, daß der Kampf nach Norden mit Aussicht auf Erfolg nur geführt werden könne durch ein Gebilde, das als kommende deutsche Nationalarmee anzusprechen wäre, daß der einzige Feldherr, der in meinen Augen in Frage kommen könne, Ludendorff sei. Hitler schildert hierauf, wie er Ludendorff zum erstenmal im Januar 1918 als Soldat gesehen und gesprochen habe. Loffow gegenüber — so fuhr Hitler dann fort — habe ich erklärt, daß der politische Kampf nicht ein Kampf mit Milderlassen oder Kohlenpreiserhöhungen sei, daß die sogenannte Judenfrage nicht durch Ausweisung von 60 oder 70 alter Ostjudenfamilien gelöst werde, sondern daß es sich grundsätzlich in Deutschland um die große deutsche Frage handele. Dazu kann man keine Verwaltungsbeamten gebrauchen, sondern muß Feuerköpfe haben, die in der Lage sind, die nationale Begeisterung bis zum äußersten zu entfachen.

Ich erklärte, daß Raahr nicht dazu der Mann sei, weil die Jugend nicht hinter ihm steht. Loffow bemerkte immer wieder, daß für den Kampf auch norddeutsche Herren mit Namen und Stoßkraft herangezogen werden müßten. Loffow sagte nicht, daß ein Kampf überhaupt nicht in Betracht komme. Er stand ja mitten im Kampf. Loffow war deshalb der vorgeschlagene Weg auch nicht genehm, als er ihm nicht genügend gesichert erschien. Der Kampf war für ihn und für uns unausweichlich. Meine zweite Unterredung hat diesen meinen Eindruck noch verstärkt. Ich habe Dr. Scheubner nach Berlin geschickt, um die Ursache des Verbotes des „Völkischen Beobachters“ zu erkundigen. Dr. Scheubner teilte mit, das Verbot wäre erfolgt wegen der Behauptung, daß von Seect eine jüdische Gemahlin habe, ich veräußerte, daß in einer kurzen Erklärung diese Behauptung mit Bedauern zurückgenommen werde. Inzwischen war aber die Sache weiter gediehen, und Loffow stand vor der Frage des Gehens oder der Fortführung des Kampfes. Ich ging zu Loffow und fand ihn in sehr gedrückter Stimmung allein. Er erklärte mir, der Kampf sei jetzt vollends ausgebrochen; er sähe kein Zurück mehr, der Kampf müsse jetzt ausgefochten werden. Es dreht sich jetzt also nur um die Personenfrage. Als ich ihn in so gedrückter Stimmung sah, erklärte ich ihm im Hinblick auf den Konflikt mit dem „Völkischen Beobachter“: „Guer Ezellens, ich stehe hinter Ihnen und werde nichts gegen Sie in dieser Sache unternehmen.“ Ich gab hierfür mein Ehrenwort, das ausschließlich nur für Loffow und sonst niemanden außer ihm bestimmt war. Daß ich Loffow in dem Kampf gegen Berlin nicht verlassen dürfe, das war für mich ein bitter-schwerer Entschluß, denn bei meiner Beurteilung des Herrn von Raahr wurde es mir klar, daß dieser Konflikt mit einer Niederlage enden würde.

Graf Reventlow sagte mir: „Herr Hitler, wenden Sie sich nicht an Herrn von Loffow, stellen Sie sich hinter Herrn von Seect.“ Ich sagte: „Das tu ich nicht, Loffow hat bisher immer gegen mich anständig gehandelt.“ Es kam weiter Herr von Graefe zu mir und beschwor mich, mich nicht hinter Loffow zu stellen, sondern neutral zu bleiben. Ich gab Herrn von Graefe dieselbe Antwort wie dem Grafen Reventlow. Der Sinn meines Ehrenwortes an Loffow war, daß ich ihm nicht in den Rücken fallen und nichts gegen ihn unternehmen würde. Dieses Ehrenwort und dieses Versprechen habe ich treu und ehrlich gehalten. Bei einer weiteren Unterredung mit Loffow sah dieser trübe in die Zukunft. Ich war sehr niedergeschmettert, denn ich vertrete den Standpunkt, selbst wenn Deutschland bald scheitern würde, sei es besser, in einem bolschewistischen Staat an einem Laternenspaß zu hängen, als in einem französisierten Teil Deutschlands glücklich zu leben. Ich habe Loffow weiter erklärt, daß, wenn die Ereignisse es mir unmöglich machen würden, länger hinter ihm zu stehen, daß ich dann frei und Herr meines Willens sei. Ich habe niemals mein Wort an Herrn von Raahr gegeben und habe niemals Seiffer oder von Loffow ermächtigt, zu erklären, daß ich hinter Raahr oder hinter dem Generalkriegsministerium stände. Das wäre ein Irrtum gewesen, da ich doch die ganze Zeit den Generalkriegsminister und sein Amt angegriffen habe. Der Zweck der nationalen Bewegung war doch nicht die Unterführung Raahrs, sondern die Befreiung Deutschlands von der marxistischen Pest. Ob nun Raahr oder ein anderer diese Befreiung durchzuführen hatte, das sollte erst be-

wiesen werden. Mein Ehrenwort war nur eine Treuerklärung gegen Loffow für dessen Existenzberechtigung. Dummerweise habe ich das getan! Bei einer weiteren Unterredung mit Loffow fragte er mich, ob Ludendorff meine Pläne kenne, und sie billige. Ich gab zur Antwort, daß Ludendorff als General die Stellung Loffows genau so beurteile wie ich. Ein Generalquartiermeister des Weltkrieges kann die Unterordnung eines Generals unter dem Befehl seines höchsten Chefs doch nur so auffassen: entweder Kampf bis zum äußersten, oder Abtreten. Loffow erklärte er würde sich persönlich mit Ludendorff besprechen. In der Aussprache mit Ludendorff hat Loffow von Verhandlung zu Verhandlung immer schärfer den Standpunkt vertreten: „Ich bin entschlossen zu handeln, aber ich muß eine 50prozentige Garantie für den Erfolg besitzen.“ Mir leuchtete das nicht ein. Wenn ich weiß, das eine Hand von Krebs oder Brand ergriffen ist, und daß ich in drei Monaten tot bin, wenn ich mich keiner Operation unterziehe, so frage ich nicht nach Sicherheiten, sondern, wenn ich auf der einen Seite 100prozentige Todesgewißheit habe, so begnüge mich auf der anderen Seite mit 40prozentiger Lebensmöglichkeit. Ich habe Herrn von Loffow damals erklärt, daß er sich die Sache mit der 51 Prozent Sicherheit vorher hätte überlegen müssen, ehe er den Kampf begonnen hat. Es trat eine Stimmungsänderung ein. Es kamen verschiedene Herren von Berlin, die mitteilten, General von Seect trage sich mit dem gleichen Plane. Auch in Berlin beabsichtige man die Ausrufung der Diktatur. Verschiedene Herren aus Bayern wurden zu Verhandlungen nach Berlin gebeten. Diese Diktatur erschien Loffow als letzter Strohhalm, der ihn vor dem Ertrinken retten sollte. Loffow erklärte wörtlich: „Wenn sie tatsächlich aus Ruder kommt, so wird nichts anderes zum Schluß übrig bleiben, als daß ich dann General von Seect spreche, oder General von Seect muß mich sprechen. Tatsache war eins: Die ganze Zeit haben Raahr, Loffow und Oberst Seiffer mit uns das gleiche Ziel verfolgt.“

Der zweite Verhandlungstag.

Die Organisation Oberland.

Die zweite Sitzung beginnt mit der Vernehmung des Führers des Bundes „Oberland“, des Angeklagten Dr. Weber. Dieser erklärt über den Bund und dessen Tätigkeit kurz folgendes:

„Als die großen Gegner im Lande betrachteten wir den Marxismus, das Judentum, das parlamentarische System. Wir konnten doch nicht über den Rhein marschieren, mit dem Feinde im Lande, immer gewärtig, einen zweiten Dolchstoß befürchten zu müssen. Nachdem wir mit Hitler in Verbindung gekommen waren, kam es zu einem engeren Zusammenschluß zwischen Oberland und den Nationalsozialisten, weil dort ein Mann an der Spitze stand, dessen innere Einstellung unserer Anschauungen vollkommener entsprach. Was unsere Verbindung mit Ezellens Ludendorff betrifft, so hat der Führer des Bundes Oberland nach dem Kampf in Oberschlesien Ezellens Ludendorff über das Ergebnis der Kämpfe Meldung gemacht und seitdem sind wir in gewisser Verbindung mit ihm geblieben. Von allen Verbänden der deutschen Wehrbewegung ist Oberland der einzige, der finanziell aus eigener Kraft dasteht. Wir haben an die Opferwilligkeit unserer Leute die schwersten Anforderungen gestellt.“

Dr. Weber kam hierauf auf die erste Vernehmung mit Ludendorff zu sprechen und führte u. a. aus: Es war für uns selbstverständlich, daß wir bei Veranstaltungen stets den größten Wert auf die Teilnahme Ludendorffs legten. Die weiteren Ausführungen des Angeklagten endeten mit der Feststellung, daß der Kampfbund sich von jeder Parteipolitik ferngehalten habe. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärte Dr. Weber u. a. noch, er sei von der bevorstehenden Bildung eines Generalkriegsministeriums mit Dr. von Raahr an der Spitze Wochen vorher bereits unterrichtet gewesen. Es war uns im Kampfbunde von Anfang an klar, daß die Beschränkung der Diktatur auf Bayern nicht das endgültige Ziel der inneren Befreiung von ganz Deutschland sein könnte. In einer Besprechung mit Seiffer und Raahr haben sich diese Herren zustimmend geäußert. Es stand für uns fest, daß die Befreiung Deutschlands von Bayern aus in die Wege geleitet werden müsse. Wir haben nie daran geglaubt, daß Reichswehretuppen gegen uns schießen würden. Es konnte unserer Meinung nach höchstens zu kleinen Widerständen sozialistischer und kommunistischer Gruppen in Sachsen kommen. Am 20. Oktober hätte Seiffer Hitler gefragt, ob er gegen Landespolizei und Reichswehr etwas unternehmen würde. Hitler antwortete: Niemals!

Als am 1. November vollkommene Klarheit zwischen Seiffer und Hitler bestand, erklärte Seiffer, er fahre nach Berlin, um sich die Stimmung anzusehen und mit Seect

Führung zu nehmen. Dann wollte er auf Grund seiner Berliner Eindrücke in München zu endgültigen Beschlüssen kommen. Hiller sagte ihm noch: Fahren Sie ab. Wenn Sie nach Ihrer Rückkehr nicht zum Handeln kommen, muß ich den Absprung entprechend vorbereiten. Er war der Meinung, nachdem seit Wochen von den zuständigen Stellen in Bayern im Sinne der Anweisungen von Berlin gehandelt wurde, müßte es zu Explosionen von unten her kommen, wenn der Entschluß nicht bald durchgeführt wurde. Auf die Frage des Vorsitzenden, was es für eine Bewandnis habe mit einer am 7. November, abends 6 Uhr, abgehaltenen Führerbesprechung des Bundes Oberland, erklärte Dr. Weber, daß es sich dabei lediglich um eine Sitzung über interne Bundesangelegenheiten gehandelt habe. Nach Erledigung der Tagesordnung habe er noch mitgeteilt, daß nach seiner Ueberzeugung die Ziele des Bundes Oberland in Bälde der Verwirklichung nähergebracht werden könnten. Sonst habe er keine Andeutungen gemacht.

Der Vorsitzende: Wurde am 7. November vereinbart, daß Ludendorff nicht unterrichtet werden sollte, damit er freie Hand habe?

Dr. Weber: Das ist am 7. November vormittags oder mittags vereinbart worden. Der Angeklagte erklärt bei der Schilderung der Vorgänge in der Nacht vom 8. zum 9. November, auf Grund der einlaufenden Nachrichten habe sich damals die feste Ueberzeugung bei ihm gebildet, daß Loffow in seinen freien Entschlüssen gehindert werde, nachdem er ursprünglich mit ganzem Herzen der neuen Reichsregierung beigetreten sei. Dieser Eindruck sei verstärkt worden durch eine zwischen 1 und 2 Uhr nachts erfolgte telefonische Unterredung zwischen Ludendorff und Seisser, bei der Seisser auf die Frage Ludendorffs, was mit Loffow los sei, erwiderte, es sei alles in bester Ordnung. Er (Seisser) würde Herrn v. Loffow holen und mit ihm zu Ludendorff kommen.

Der Vorsitzende: Ist es richtig, daß schon zwischen 1 und 2 Uhr Gerüchte über eine andere Stellungnahme des Herren v. Loffow und Seisser auftauchten?

Dr. Weber: Ein Offizier hatte uns solche Gerüchte zugebracht. Ludendorff hätte sich daraufhin aber verbeten, daß solche Andeutungen gemacht würden. Er habe erklärt, ein deutscher Offizier bricht sein Wort nicht. Ich hatte die feste Ueberzeugung, daß Loffow irgendwo festgehalten und an seiner festen Entschliegung gehindert wurde.

Der Vorsitzende: Wann haben Sie nun eine zuverlässige Mitteilung über die Stellung v. Loffow usw. erhalten?

Dr. Weber: Eine zuverlässige Mitteilung haben wir niemals erhalten. In der Feldherrnhalle angekommen, sei dem Rufe ein starker Trupp Landespolizei entgegengetreten. Ein Oberleutnant der Landespolizei habe einem Manne den Karabiner entzogen und ihn einem der wöllischen Fahnenträger auf die Brust gesetzt. Der Fahnenträger habe den Karabiner mit der Fahnenstange zur Seite gestoszen und dadurch sei der erste Schuß losgegangen. Kurz darauf sei ein Mann der nationalsozialistischen Abteilung vorgezogen und habe gerufen: Nicht schießen, Ludendorff ist vorne! Gleich darauf sei dieser Mann, von einer Kugel getroffen, niedergefiel. Er war der erste Gefallene. Ich bin fest überzeugt, daß, wenn die Herren v. Loffow und Seisser ihr Wort nicht gebrochen hätten, wir unsern Plan zum endgültigen Ziele in Deutschland geführt hätten. Am 6. November, bei den Besprechungen im Generalstaatskommissariat, hat v. Loffow ausdrücklich gesagt, daß die Vorbereitungen ziemlich restlos getroffen seien. Loffow hat erklärt, er wolle ja selbst nach Berlin marschieren. v. Loffow habe sich weiter dahin geäußert: Das Zeichen zum Angriff gebe ich.

In den Besprechungen mit Oberst von Seisser war wiederholt davon die Rede, daß sich Reichswehr und Landespolizei im Norden nicht gegen einen derartigen Vormarsch stellen würden, wenn er unter der schwarzwälder Fahne und unter der Signatur einer neuen Reichsregierung mit Ludendorff an der Spitze durchgeführt würde. Der Angeklagte betonte, daß im Nebenzimmer des Bürgerbräuereis bei der Besprechung man sich gegenseitig Zigaretten angeboten habe, was wohl für eine freundliche Auseinandersetzung

spresche. In der Besprechung vom 6. November habe man auch nicht im entferntesten daran denken können, daß v. Loffow und Seisser ein Doppelspiel treiben würden. Nach der Vernehmung Webers trat Mittagspause bis um 2 Uhr ein.

Ein heizigender Zwischenfall.

Kurz vor der Mittagspause kam es bei der Vernehmung Dr. Webers zu einem erregten Zwischenfall. Der Staatsanwalt Gehardt richtete nämlich die Frage an den Angeklagten Dr. Weber: Haben Sie gehört, daß Erzengel Ludendorff innerhalb der Reichswehr nur wenig Resonanz hat, namentlich in Norddeutschland?

Große Bewegung im Saale. Rufe: Unerhört!

Dr. Weber erklärte, nachdem sich die Unruhe gelegt hatte, daß er auf Grund eigener Kenntnis des norddeutschen Disziplinarkorps feststellen könne, daß die Verehrung für den größten deutschen General eine derartige sei, daß die Möglichkeit einer Stellungnahme gegen Ludendorff gar nicht in Frage komme.

Der Staatsanwalt: Das wollte ich nur wissen. Justizrat Wohl erhebt sich und ruft dem Staatsanwalt zu: Sie wollten etwas ganz anderes wissen.

Nach kurzen Zwischenbemerkungen des Staatsanwalts erhebt sich neuerdings Justizrat Wohl und erklärte: Die Frage, die der Staatsanwalt gestellt hat, ist für einen deutschen Offizier derart beleidigend, daß darauf eine andere Antwort gehört, als sie der Staatsanwalt vorhin bekommen hat. — Lebhaftige Prorufe im Zuhörerraum. — Der Präsident verbitet sich Kundgebungen. Man sei hier nicht in einem Theater. Der Staatsanwalt erklärt, daß Zeugen auftreten würden, die Aussagen zu machen hätten, die den Anlaß zu seiner Frage gegeben haben.

(Fortsetzung folgt.)

Ausprache im Reichstag.

Berlin, 27. Februar.

Das Haus setzte heute die große Aussprache über die gestrige Erklärung der Reichsregierung fort.

Abg. Zoos (Z.) gibt zu, daß die Maßnahmen der Regierung verständlich seien. Das Ermächtigungsgesetz war ein ungewöhnlicher Vorgang. Es war notwendig, daß der Leberwille der Nation über den tiefsten Verstand siegen mußte. Der Redner bespricht dann die politischen Vorgänge der letzten Zeit. General von Seeckt habe Erlasse herausgegeben, über die man sich nur durchaus freuen konnte. (Unruhe links.)

Reichsjustizminister Emminger.

Der Minister gibt eine Uebersicht über die Tätigkeit seines Ressorts unter dem Ermächtigungsgesetz. Nur unter großen Bedenken sei er den Entlastungsvorschlägen des Reichsgerichts gefolgt; die Beschränkung der Revision in Eheheiratsachen bedeutete z. B. eine Erleichterung der Scheidung. Die Not im Zivilprozeß sei von allen Parteien anerkannt worden. Die diesbezügliche Verordnung solle der Beschleunigung des Zivilprozesses dienen, ihre richtige Handhabung hänge von den Richtern ab. Schwerer war die Erzielung von Ersparnissen im Strafprozeß. Schon frühere Entwürfe hätten die Umwandlung der Schwurgerichte in große Schöffengerichte vorgezogen.

Die Anträge der sozialdemokratischen Partei, die bisher die Aufwertung immer bekämpft hat, sind menschlich verständlich, aber wirtschaftlich undurchführbar. Die Ablehnung der dritten Steuernotverordnung würde eine neue Inflation herbeiführen. Ich glaube nicht, daß das Reichsgericht den Erfordernissen der Stunde sich entziehen wird. Ideal ist die Lösung nicht, aber die Erhaltung der Wirtschaft verlange eine rasche Lösung.

Der Abg. Scholz von der Deutschen Volkspartei meint unter großer Zustimmung und Heiterkeit, der Reichstag solle doch nicht wochenlang über ein Ei gackern, das er gar nicht einmal selbst gelegt habe. Redner verlangt bessere Bezahlung der Beamten, auch sollte sich die Regierung die geplante Aufhebung des Ausnahmezustandes noch einmal sehr reiflich überlegen. Das große Ziel der Regierung mit ihren Verordnungen darf nicht gefährdet werden. Deshalb hat meine Fraktion keinen Antrag auf Aufhebung einer Verordnung gestellt. Aber

— Über Heilwig griff mit beiden Händen nach ihrem Arm.

„Um Gott, Frau Muhme, wie könnt ihr so hart sein! Und darüber stirbt euch euer Kind!“

Die Ratsherrin lachte kurz auf.

„Vor Liebesgram stirbt ein Mägdelein nimmer so bald. Obson jede einzige meint, es tan zu müssen. Wir kennen das. Auch Elisabeth wird sich wieder besinnen. Und nun komm schnell in die Küche. Den halben Vormittag verschmäht man hier mit Mühsiggang, indes die Arbeit hergohoch auf einem wartet.“

Und sie ging mit festen, raschen Schritten die Diele entlang zur Küche zurück, ohne sich auch nur einmal umzusehen. Heilwig stand regungslos auf derselben Stelle. Wohl minutenlang. Sie hatte beide Hände an die Schläfer gepreßt und starrte vor sich hin.

So stand sie auch noch, als die Haustür sich knarrend auf-tat und ein Strom Sonnenlicht auf die düstere Diele flutete. Da schrak sie zusammen und wandte scheu den Kopf. Es war Zeit, der mit schnellen Schritten auf sie zukam. Er griff besorgt nach ihrer Hand und fragte ängstlich:

„Was hast du, Heilwig? Du siehst so weiß aus wie der Tod, und in deinen Augen ist ein großer Schmerz. O, vertraue mir doch und sage mir, was dir ist!“

Sie hatte die Arme schlaff sinken lassen, und sah ihn müde an aus großen, tiefumschatteten Augen.

„Nicht hier, Zeit, auf der Diele — nicht hier —, wo jedermann uns hören kann.“

Auf seinem Wangen brannten wieder die beiden roten Flecken, so erregt war er. Er packte sie fest am Handgelenk. „So komm mit mir in die große Wohnstube. Da ist niemand zu dieser Stunde. Ich muß es wissen, was man dir angetan hat.“

Und er zog die Willenslose mit sich fort — die Treppe hinauf, ins leere Wohngemach. Zum großen Lehnstuhl seines Vaters führte er sie und hieß sie dort sich setzen.

Sie tat es schweigend, wie ein müdes Kind. Und merkte dabei nicht, wie weich seine Hand die ihre streifte, und wie er mit zitternden Fingern beruhigend und liebkosend über ihr blondes Haar strich.

„Nun sage mir alles, Heilwig, hörst du? Alles mußt du mir sagen.“

Da war es, als ob sie langsam aus ihrer großen Starrheit erwachte. Als ob das Eis, das die Worte der Ratsherrin so fest um ihre Seele gelegt, jäh zu schmelzen beginne.

auf Kritik können wir nicht verzichten, und haben deshalb auch Änderungsanträge gestellt. Die Zeit verlangt keine unfruchtbare Kritik, sondern Mitarbeit.

Abg. Gergt (Deutschnational)

erinnert daran, daß auch der englische Minister Henderson in flammenden Worten für eine Revision des Versailler Vertrages ausgesprochen habe. Die deutsche Regierung müsse jetzt mit allem Nachdruck seine Revision betreiben. Sie dürfe nicht an die Gerechtigkeit der Anderen appellieren, sie müsse auch etwas tun. Dieser überalterte Reichstag habe nur noch eine Aufgabe, nämlich die: in Schönheit zu sterben. (Heiterkeit.) Die Sozialdemokraten wollen mit ihren Änderungsanträgen nur das Leben des Reichstages verlängern, weil die Ausschüsse verhandlungen über die Anträge sich monatlang hinzuziehen würden. Dann käme noch der Reichsrat mit seinen Änderungsanträgen. Das könnte jahrelang dauern. Wenn die Sozialdemokratie ihren Kampf gegen die Verordnungen ernst meint, dann müßte sie ebenfalls die Aufhebung beantragen. Der Wahlergebnis müßte mindestens auf den 6. April gelegt werden. Am besten wäre es, wenn gleichzeitig die Neuwahl des Reichspräsidenten erfolgen würde. (Beifall rechts.) In der Frage des Ausnahmezustandes hat das Volk schon bei den Wahlen in Sachsen und Thüringen gesprochen und das Volk ist gegen völlige Aufhebung des Ausnahmezustandes. (Beifall rechts.) Gerade für die Reichstagswahlen muß der militärische Ausnahmezustand aufrechterhalten werden. Denn in Sachsen, Thüringen und Mecklenburg sind die Wähler unter diesen Zustände erfreulich ruhig verlaufen. Das Gesetz zum Schutz der Republik mutet ganz vorantastlich an. Es schützt nämlich Landesminister, auch das halbe Duzend Minister, derzeit wegen aller möglichen Verbrechen von den Strafrechtlichen verfolgt wird. (Sehr wahr! rechts.) Wir verlangen den schleunigen Abbau des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik und eine Revision der Weimarer Verfassung. Die Steuerreformordnung erhält die schlimmsten Verträge gegen die Steuerliche Gerechtigkeit. Wir beantragen deshalb ihre Aufhebung. Die ganze Staatskredit wird gefährdet, wenn die Aufwertung einzelner Forderungen durchgeführt wird, die Zeichner des Kriegsanleihe aber nach wie vor um ihr Geld betrogen bleiben. Bei den Neuwahlen geht es um das Leben des deutschen Volkes. (Beifall rechts.)

Das Haus vertagt sich Donnerstag 2 Uhr Weiterberatung.

Stadt Kreis Provinz.

Sitzung der Stadtverordneten

am Mittwoch, dem 27. Februar.

Die gestrige Sitzung dehnte sich bis gegen 7 Uhr aus und das bedingten in der Hauptsache zwei Vorlagen, die eine große Redebestut entfesselten, die über Einführung einer Bier- und Branntweinsteuer und die über das Bauprogramm für 1924.

Der Sitzung voraus ging die Einführung des zum unbesoldeten Stadtrat gewählten Schlossers Paul Schickmann. Darauf wurde Mitteilung davon gemacht, daß Stadtv. Zimmern nicht sein Mandat niedergelegt hat. — Kenntnis genommen wurde von der Ueberweisung von 6 Nähmaschinen seitens des Staates. Die Maschinen, an denen der Staat sich das Eigentumsrecht vorbehält, wurden der Berufsschule zugeteilt. Die Prüfungsgebühr an der Hofbeschlagmiede wurde auf 10 Goldmark, das Lehrgeld auf 20 Goldmark festgelegt. Zugestimmt wurde der Venderung des Tarifs zur Erhebung von Standgeld auf dem Viehhofe und von sohem für Schab- und Schaubuden, die sich den Vorkriegssätzen anpassen. Weiter wurden einige kleinere Vorlagen angenommen und der in der Sitzung gefasste Beschluß, die Unfallversicherung der Berufsfeuerwehr auf städtische Kosten abzulehnen, aufgeschoben und die Versicherung beschlossen. — Beschlossen wurde die Aufnahme einer Anleihe von 9000 Goldmark bei der hiesigen Sparkasse zur Deckung der laufenden Verwaltungsausgaben. Bei dieser Gelegenheit konnte die erfreuliche Mit-

Und ihre Lippen zitterten, als sie jetzt mit leiser, weicher Stimme sagte:

„Es kommt alles so auf einmal über mich, Zeit, hat mich so gepackt. Das große Leid deiner Schwester, die krank vor Gram auf ihrem Bette liegt. Und dann die Nachricht, daß mein Ahne starb. So einsam starb da oben im hohen Norden.“

— Und was sie so lange zurückgeknüpft hatte mit trostiger Kraft, brach sich nun jäh und gewaltsam Bahn. Sie schloß die Hände vor das Gesicht und fing bitterlich an zu weinen.

Zeit stand erschüttert und in großer Ratlosigkeit vor ihr. Alles in ihm schrie danach, ihr zu helfen, ihr ein liebes, tröstendes Wort zu sagen. Aber sie weinte so heftig, daß sie nicht verstehen konnte von seinem leisen Stammeln.

So kniete er nieder vor ihr und streichelte nur immer ihre Hände — unablässig.

Und dann, als ihr Weinen leiser, ruhiger wurde, suchte er weich, ihr die Hände vom Antlitz zu ziehen.

„Sieh, Heilwig, du darfst nicht so weinen — o, es schmerzt mir ins Herz. Denn du bist das Schönste und Beste, das ich kenne. Froh möchte ich dich sehen, weiß Gott — doch nur froh und lachend. Denn sieh, Heilwig, ich habe dich so sehr so unsäglich lieb! Lieber als alles in der Welt. Du bist in meinen Träumen und Gedanken Tag und Nacht.“

Sie hatte jetzt die Hände vom Gesicht genommen und starrte ihn an mit weit offenen, tränennassen Augen.

nicht die Angst und das Entsetzen in ihrem Gesicht. Er war wie trunken von ihrer süßen Nähe. Aber noch ehe er beide Arme um sie schlingen konnte, war sie aufgesprungen.

Zurück war sie getaumelt und wäre fast gefallen, wenn sie nicht mit beiden Händen an der schweren Rückenlehne des Sessels geklammert hätte. In ihrem weißen Gesicht war eine große Not und Qual.

„O Zeit — was tust du? Was tust du? Muß ich mich auch meinen einzigen Freund hier verlieren im Haffelbadhaus? Muß ich mir alle zu Feinden machen? O Zeit, ich habe dir so sehr vertraut! Gern gemocht habe ich dich wie einen Bruder. Aber nie mehr — nie mehr! Ach, womit habe ich es verdient um euch?“

Er hatte sich von dem Knien erhoben und stand jetzt vor ihr. Wie Feuer brannten die roten Flecke auf seinen Wangen.

Und dann fiel eine jähre Blässe über sein Gesicht, und er trat schrittweise zurück.

(Fortsetzung folgt.)

Das Schwert von Thule.

Roman von Leontine von Winterfeld-Platen.

10. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Du kannst es mir wohl hier sagen, denn ich habe nicht viel Zeit.“

Heilwig nickte. Aber nun, da sie sprechen sollte, wurde sie doch ein wenig verlegen.

„Es ist, es ist nur, Frau Muhme, wegen Elisabeth und ihrem Liebsten. Weil ich ihr doch so sehr gerne helfen möchte. Denn sie liegt krank und matt oben in ihrem Bett vor lauter Gram. Seht, es ist mir ein Gedanke gekommen.“

Sie stockte wieder und suchte nach Worten.

„Weil ich doch den Fridolin Lämmerzahl nimmer heiraten kann. Aber mein Geld, so mir der Ahne vererbt hat, brauche ich auch nimmer. Es kann alles die Elisabeth haben. Und nun bitte ich Euch, Frau Muhme, geht eilends hinauf zu Eurem armen Kinde und sagt ihr, daß sie freien darf. Doch nimmer, von wem das Geld dazu kam. Das soll nur unser beider Geheimnis sein.“

Sie hatte die Hände bittend ineinandergeliegt und sah die Ratsherrin so hoffnungsfroh und zuversichtlich an dabei, so, als wollte sie sagen: nicht wahr, Frau Muhme, nun kann alles noch gut werden.

Die Ratsherrin hatte mit leisem Erstaunen zugehört. Als die andere das von Fridolin Lämmerzahl sagte, war ein jäher Merg in ihr Gesicht gesprungen. Jetzt stemmte sie beide Arme sehr fest und energisch in die Seite und trat einen Schritt von Heilwig hinweg. Und sie verzog ihr Gesicht zu einem sauren, spöttischen Lächeln.

„Ach, als Warmherzige willst du nun kommen, Heilwig, und mit milder Hand Gaben austreuen. Aber wir Haffelbads danken für deine Warmherzigkeit. Oder meinst du etwa, wir hätten nicht selber genug, um unserer Tochter mitzugeben, was sie braucht? Nein, eben weil Elisabeth das Kind von vermögenden Eltern ist, wollen wir sie nimmer fortgeben an einen blutarmen Habicht, mit dem man nicht punkten kann vor Verwandten und Nachbarn. Der Herr Magister mag selbst Mittel und Wege ersinnen, seinen Bruder zum Auszahlen zu bewegen. Kommt er weiter mit leeren Händen wie ein Beltler, so müssen wir ihn auch weiterhin abweisen. Das will der Stolz der Haffelbads.“

Sie wollte gehen.

Tung gemacht werden, daß sich der Sparfuss der Bevölkerung wieder zu heben anfangen, denn es seien die Sparanlagen bereits auf 29 600 Goldmark angewachsen.

Eine längere Aussprache zeitigte alsdann die beantragte Einführung einer

Wein-, Bier- und Branntweinsteuer,
die bereits einmal zurückgezogen worden war und gegen die von interessierter Seite eine ganze Anzahl Einwendungen erhoben worden sind. Die Vorlage war jedem einzelnen Stadtverordneten zugänglich und kam deshalb nicht zur Verlesung. Schon vor einiger Zeit war von den Stadtverordneten eine Getränkesteuerordnung abgelehnt worden, da die Einziehungen die Einnahmen aus der Steuer aufgezogen haben würden. Nunmehr behauptet der Magistrat, daß er ohne diese Steuer nicht auskommen könne. Gegen die Besteuerung des Weins ist keine Erklärung abgegeben worden, dagegen hat sich gegen die Bier- und Branntweinsteuer lebhafter Widerspruch auf Seiten der Interessenten bemerkbar gemacht; auch die Handelskammer hat sich dagegen gewandt und auf die schweren Schäden hingewiesen, die den betr. Stolper Geschäftsleuten daraus erwachsen würden, wenn Stolz die Steuer einführe, die benachbarten Städte aber nicht. Es würden dann Spirituosen und Weine zum Schaden der Stolper Geschäftsleute von dort bezogen werden. Von Magistratsseite wurde allen diesen Einwendungen gegenüber darauf hingewiesen, daß durch die 3. Steuernverordnung die Gemeinden nur auf geringe Staatszuschüsse zu rechnen hätten und alle Steuermittel erschöpfen müßten, um diesen Ausfall zu decken. Die Stadt könne darum auf die Steuer nicht verzichten. Der Hauptauschuss konnte zu einer Einigung nicht kommen, doch stellte er sich in seiner Mehrheit auf den Magistratsstandpunkt, daß auf die Steuer nicht verzichtet werden könne. Es sei richtig, daß die Biersteuer nicht auf dem einzelnen abgewälzt werden könne, und was die Branntweinsteuer betreffe, so sei es gut, wenn der Konsum eingeschränkt würde. Große Begeisterung habe allerdings für die Vorlage nicht geübt, die, wenn sie angenommen würde, das nur dem Druß der Verhältnisse zu verdanken habe. Ganz besonders sei auch der Hinweis, daß die Monopolverwaltung die Zahlung der Steuer abgelehnt habe, nicht geklärt worden.

Von Magistratsseite wurde dem gegenüber die Stellung der Monopolverwaltung für unbegründet erklärt. Scharfe Kritik an der Vorlage übte Stadt. Ruffmann, der auch einen Verfassungsantrag stellte, damit die Vorlage inzwischen entsprechend abgeändert werden könnte. Dieser Antrag wurde indes mit 16 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Nach längerer Aussprache für und wider wurde ein Antrag, die Vorlage an die Kommission zurückzuverweisen, mit 17 Stimmen angenommen. Zu lebhaften Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Vorsteher und der Linken kam es bei Beratung des vorletzten Punktes.

Bauprogramm für 1924.

Um die drückende Wohnungsnot wenigstens in etwas zu mildern, will der Magistrat für 1924 in der Goethestraße zwei Häuser mit 3-5-Zimmerwohnungen und das bis jetzt zurückgestellte Rentnerheim mit 2-Zimmerwohnungen (zusammen 24 Wohnungen) erbauen lassen. Die Kosten werden auf 200 000 Mark beziffert. Sie sind nicht anders aufzubringen, als durch einen abermaligen hundertprozentigen Zuschlag zur staatlichen Grundvermögenssteuer, der von den Mietern zu tragen ist. Der Hauptauschuss empfahl die Annahme der Vorlage, der auch von allen Rednern der bürgerlichen Fraktionen zugestimmt wurde. Nur der Linken ging die Vorlage noch nicht weit genug. Sie beantragte über die Vorlage hinaus die Schaffung weiterer Kleinwohnungen in Siedlungshäusern und als Deckung des Zuschlag von weiteren hundert Prozent zur staatlichen Grundvermögenssteuer, der ebenfalls von den Mietern zu tragen sei, jedoch in ganzen 300 Prozent Grundvermögenssteuer zu zahlen sein würde. Der Vorsteher machte darauf aufmerksam, daß die sozialdemokratische Linke sich mit diesem Vorlage über die Abmachungen in dem Hauptauschuss hinwegsetze. In diesem habe Einstimmigkeit darüber geübt, die Magistratsvorlage anzunehmen, um das Bauprogramm nicht zu gefährden. Es kommt nunmehr zu heftigen Entgegnungen des stellvertretenden Vorsitzenden Glende und des Stadt. Freitag, denen der Vorsteher energisch entgegentritt, der das Vorgehen der soz. Fraktion ein illoyales nennt. Er wird hierbei von den Rednern aller bürgerlichen Fraktionen unterstützt. Schließlich legte sich die Aufregung und die Debatte geriet wieder in ruhigere Bahnen. Dem Magistrat wurde u. a. empfohlen, den Verkauf der städtischen Häuser vorzunehmen, um weitere Mittel für den Wohnungsbau zu gewinnen. In der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag gegen 13 Stimmen abgelehnt und der Magistratsantrag angenommen. — Der Abschluß einer neuen Haftpflichtversicherung mit der Züricher Gesellschaft, bei der die Stadt bereits über 30 Jahre versichert ist, soll vorläufig auf 1 Jahr erfolgen. Es sollen alsbald Angebote von deutschen Versicherungsgesellschaften eingeholt werden. — Auf eine kleine Anfrage, ob es richtig sei, daß die Mitglieder der städtischen Preisprüfungskommission ihre Namen niedergelegt hätten, und aus welchem Grunde dies erfolgt wäre, wurde vom Magistrat erklärt, daß das richtig sei und als Grund hierfür die scharfe Kritik des Ministers in der Frage der Herabsetzung des Butterpreises angegeben.

Polizeibericht. In der Woche vom 18. bis 24. Februar gelangten von der Schutz- und Verwaltungspolizei 11 Personen zur Anzeige, und zwar 4 wegen Obdachlosigkeit, 2 wegen Frettierens im Waldlaten, 1 wegen Verlaufs von Nachware während des Hauptgottesdienstes, 1 wegen nächtlicher Aufweckung, 1 wegen Bettelns und Landstreichens, 1 wegen Nichtbefolgung einer polizeilichen Anordnung und 1 wegen Fahrens mit unbeleuchtetem Kraftwagen. — Von der Wucherpolizei wurden 3 Personen zur Anzeige gebracht, und zwar 1 wegen Vergehens gegen die Verordnung über Preisverzeichnisse, 1 wegen nachgewiesener Unzuverlässigkeit im Großhandel und 1 wegen unerlaubten Großhandels mit Kartoffeln.

Borarbeiten zur Stadtverordnetenwahl. Die Vereinigung zur Aufstellung einer bürgerlichen Einheitsliste für die Stadtverordnetenwahlen hielt gestern in der Aula des Gymnasiums eine Delegiertenversammlung ab, zu der die Vertreter von etwa 50 Vereinen erschienen waren, die sich zur Mitarbeit bereit erklärt hatten. Der Vorsitzende und der Schriftführer des Arbeitsausschusses erstatteten Bericht über dessen bisherige Tätigkeit, mit der sich die Versammlung einverstanden erklärte. Es wurde bekannt gegeben, daß die Stadtverordnetenwahlen endgültig auf den 4. Mai festgesetzt seien und daß nunmehr die Arbeit beschleunigt werden wird.

Die gefällige Notice betrifft eine Bekanntmachung des Magistrats im heutigen Anzeigenteil, auf die wir hiermit be-

sonders hinweisen, insbesondere auch darauf, daß in Stolz die sogenannten Schönheitsreparaturen nach wie vor der Mieter trägt.

Die halbmonatlichen Unfallrenten werden am 1. März 1924 in derselben Höhe wie am 16. Februar 1924 gezahlt. Rentenbeträge unter 10 Milliarden Mark sind auf volle 10 Milliarden Mark aufzurunden, z. B. 5063 Milliarden Mark auf 5070 Milliarden Mark. Außerdem müssen im Monat März sämtliche J, A, K, O, W- und Unfallrenten gestempelt und Namen der Kinder usw. angegeben werden.

Obligationssteuer. Auf die heute veröffentlichte Bekanntmachung des Finanzamts über die Obligationssteuer sei hiermit hingewiesen. Insbesondere wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Steuer bereits am 1. März 1924 zu zahlen ist. Vorbrüche zu den Steuererklärungen können beim Finanzamt bezogen werden. Alles Nähere ergibt die Bekanntmachung. Bei der Obligationssteuer der dritten Steuernverordnung ist eine Befreiung vorgesehen für Schuldverschreibungen, soweit für sie behaute Grundstücke hatten, die der besonderen Besteuerung des bebauten Grundbesitzes nach derselben Verordnung unterliegen. Diese Befreiung gilt nur insoweit, als Grundstücke ausschließlich für Wohnzwecke genutzt sind. Hatten gewerblich genutzte Grundstücke (z. B. Fabrikgrundstücke) für die Schuldverschreibungen, so ist die Steuerpflicht gegeben. Dies wird die in den nächsten Tagen erscheinende Durchführungsverordnung klären.

Von der Volkshochschule. Am Freitag, den 29. d. Mts. abends 6 Uhr beginnt in der Aula des Gymnasiums der zweite Vortrag des Organisten Korb über „Johann Sebastian Bach und seine Musik.“ Der Dozent wird an diesem Abend Bachs Schaffen für Klavier mit einer Anzahl von Klavierwerken (Italienisches Konzert, Präludien, Fugen, aus den Suiten) zum Vortrag bringen. Karten sind im Volkshochschulbüro zu haben.

Golberg. Verbrüht. — Beim Wurklochen kam der zweijährige Knabe Rudolf Hahn dem Kessel zu nahe. Durch die heiße Wurfspitze des umstürzenden Kessels wurde das Kind tödlich verbrüht.

Gollnow. 26. Februar. Heute wurde der frühere Lichtspielinhaber Emil Rien verhaftet, weil er in dem Verdacht stand, seit längerer Zeit Falschgeld angefertigt zu haben. Bei der vorgenommenen Hausdurchsuchung wurden aus tatsächlich Platten zur Herstellung von Falschgeld und einige falsche Scheine vorgefunden und beschlagnahmt. R. war in vollem Umfange geständig. Auch der Vater und die Geschwister des Rien wurden verhaftet, weil sie aller Wahrscheinlichkeit nach an der Verbreitung des Falschgeldes beteiligt waren.

Anklam. Wegen versuchten Raubmordes wurde der Arbeiter Breitsprecher aus Panchow zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Oktober war Br. zu dem Schlächtermeister Günther in Anklam gekommen, um ihm zwei Schweine und eine Kuh zum Kauf anzubieten. Beide führten mit dem Rade nach Sandhagen, wo die Tiere stehen sollten. Unterwegs sah Br. dem Günther eine Kugel durch den Hals, ergriff aber dann die Flucht. Wie durch ein Wunder kam G. mit dem Leben davon.

Abrecht-Konzert.

Das gestrige Abrecht-Konzert war ein Lieber- und Klavierabend der Sängerin Elli Sendler und des Pianisten Arthur Perleberg. Die Sängerin brachte eine Reihe klassischer und moderner Lieder zum Vortrag und verriet gutes Können und angenehme Vortragsart. Ihr Gesang war jecklich belebt, künstlerisch füllvoll und von sympathischem Wohlklang; darum beten ihre Lieder reiflose Kunstgenüsse und fesselten an Anfang bis zu Ende. Ganz besonders schön kamen die Brahms'schen und Schubert'schen Lieder zum Vortrag, aber auch die Lieder von Wolf, Strauß und Regner gelangten der Künstlerin ganz vorzüglich und befanden sich auf hoher Stufe künstlerischer Gestaltung stehendes Ausdruckvermögen. Die Sängerin mußte sich zu zwei Wiederholungen verstehen, die ihr durch überaus lebhaftes Beifallsbedürfnis abgerufen wurden. Am Flügel begleitete Arthur Perleberg gehaltvoll und feinführend und brachte auch einige Klavierstücke zum Vortrag, von denen die G-moll Naphodie von Brahms lobende Anerkennung verdient. Die Zuhörer, welche an diesem Abend voll und ganz auf ihre Kosten kamen, nahmen die Darbietungen sehr interessiert auf und spendeten reichlichen wohlverdienten Beifall.

Letzte Meldungen

Kahr geht in ein Sanatorium.

München, 27. Februar. Nach Mitteilungen einer Nachrichtenstelle wird Herr von Kahr sich in ein Sanatorium zurückziehen, in welchem er seit kurzer Zeit bereits angemeldet ist. Es scheint, daß Herr von Kahr der Notwendigkeit einer Zeugenaussage entgehen sein möchte.

Auch Neuwahl des Reichspräsidenten?

Berlin, 27. Februar. Wie wir erfahren, hat die deutschnationale Reichstagsfraktion im Reichstag einen Gesetzesantrag eingebracht, der gleichzeitig mit den Neuwahlen zum Reichstag die Neuwahl des Reichspräsidenten verlangt. In einem 2. Antrag wird die Reichsregierung ersucht, bei der Anberaumung des Wahltermins auf die christlichen Festzeiten gebührend Rücksicht zu nehmen.

Fürst Otto von Bismarck als deutschnationaler Reichstagskandidat.

Berlin, 27. Februar. Die Vorstände der deutschnationalen Landesverbände in Bremen, Oldenburg, Ostpreußen und Ostfriesland haben in einer Besprechung mit dem Fürsten Otto von Bismarck in Friedrichruh am 20. 2. diesem die Reichstagskandidatur für die Deutschnationale Volkspartei im Wahlkreis Weser-Ems angetragen. Fürst von Bismarck hat sich entschlossen, dem an ihn ergangenen Ruf zu folgen. — Otto von Bismarck ist der älteste Sohn des Fürsten Herbert. Er ist 1897 geboren und hat Jura studiert.

Politische Verhaftungen in Gleiwitz.

Gleiwitz, 27. Februar. Von der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums wurden in den letzten Tagen 70 Personen wegen dringenden Verdachts des Hoch- bzw. Landesverrats festgenommen.

Handelsnachrichten.

Stettiner Getreidenotierung vom 27. Februar. Roggen, incl. 132-131, etwas matter; Weizen incl. 166, unverändert; Hafer, incl. 112-114, etwas fester; Gerste und Braugerste incl. 165-180, etwas fester. Alles für 1000 Kg. ab nahegelegenen Stationen.

Berliner Schlachtviehmarkt.

Bericht vom 27. Februar 1924.

Ämtlicher Bericht.

Auftrieb: Rinder 1130 Stück, darunter 332 Bullen, 257 Ochsen, 541 Kühe und Färken; Kälber 1580 Stück; Schafe 1645 Stück, Schweine 7591 Stück; Ziegen 9 Stück; — Ferkel: 1253 Schweine aus dem Memelgebiet.

		Preise in Goldpfennig für 1 Pfd. Lebendgewicht
I. Rinder:		
A. Ochsen:		
a) vollfleischig, ausgem., höchst. Schlachtwert.	11. Stallmaß ungef. 12 Weiden.	45-48
b) dto. im Alter von 4-7 Jahren		40-42
c) junge, fleischig nicht ausgemäst. und ältere ausgemästete		35-38
d) mäßig genährte junge, gut genährte ältere		28-32
B. Bullen:		
a) voll fleischige, ausgewächs. höchsten Schlachtwerts		42-44
b) vollfleischige jüngere		37-40
c) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere		34-36
C. Färken und Kühe		
a) vollfleischige, ausgemäst. Färken höchsten Schlachtwerts		40-46
b) vollfleischige ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren		40-46
c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färken		35-38
d) mäßig genährte Kühe u. Färken		28-33
e) gering genährte Kühe u. Färken		25-26
D. Gering genährtes Jungvieh (Fresser)		30-35
II. Kälber.		
a) Doppellender feinsten Mast		85-95
b) feinste Mastkälber		70-80
c) mittlere Mast- u. beste Saugkälber		50-55
d) geringe Mast- u. gute Saugkälber		25-35
e) geringe Saugkälber		25-35
III. Schafe.		
A. Stallmastschafe:		
a) Mastlämmer und jüngere Masthammel		48-55
b) ältere Masthammel, geringere Mastlämmer und gut genährte junge Schafe		38-45
c) mäßig genährte Hammel u. Schafe (Merzschafe)		28-35
B. Weidmastschafe:		
a) Mastlämmer		—
b) geringere Lämmer und Schafe		—
IV. Schweine.		
a) Ferkel über 3 Zentner Lebendgewicht		—
b) vollfleischige Schweine, 240-300 Pfd. Lebendgewicht		70-71
c) vollfleischige Schweine 200-240 Pfd. Lebendgewicht		68-70
d) vollfleischige Schweine 160-200 Pfd. Lebendgewicht		64-67
e) vollfleischige Schweine 120-160 Pfd. Lebendgewicht		60-62
f) fleischige Schweine unter 120 Pfd. Lebendgewicht		53-58
g) Sauen		63-66
Ziegen		20-25

Markterlauf: Bei Rindern, Kälbern, Schafen glatt, bei Schweinen ziemlich glatt.

Ämtlicher Bericht vom Magerviehmarkt in Friedrichsfelde vom 27. Februar 1924:

Auftrieb: 61 Schweine, 208 Ferkel. Verkauf ruhig. Preise anziehend. Man zahlte im Engros-Handel für Läuferferkel 7-8 Monate alt 45-70, 5-6 Monate alt 30 bis 40, Ferkel 3-4 Monate alt 25-30, Ferkel 9-13 Wochen alt 20-24, 6-8 Wochen alt 14-20 Goldmark per Stück.

Freiwillige Versteigerung.

Am Sonnabend, den 1. März 1924, vormittag 10 Uhr ab werde ich in der

Stiftstraße Parade 7 und 9 folgende Sachen wegen Verzuges meistbietend versteigern: **Aleiderspinde, Vertikow, Bettstellen, Kommoden, Stühle, Sofa, Sessel, Küchenschpinde, Tische, Spiegel, Bilder, Uhren, Regulator, Handwerkzeug, Sensen, Kleider, Schuhe, Hüte sowie Haus- und Küchensachen.**

Die Sachen sind gebraucht und können am Tage der Versteigerung von 9 1/2 Uhr besichtigt werden.

Max Fied,

gerichtl. vereidigter Sachverständiger u. Versteigerer. Neuetormauerstraße 10.

Morgen lebendfrischen

Hering, Plötze, Barse, Hechte

Fischhandlung

Artur Ulrich,

Töpferstadt 2, Telefon 894

Zwangsvolle Versteigerung.

Am Sonnabend, den 1. März d. Js, vormittags 11 Uhr werde ich Sandberg 1 folgende Gegenstände als:

20 elektr. Plättchen, 1 Schreibmaschine, 1 Herrenfahrrad

öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigern.

Stolz, d. 27. Februar 1924.

Faeneny, Gerichtsvollzieher in Stolz, Küsterstraße 37 I.

Möbel!

Kleiderspinde, Vertikow, Kommoden, Büfett, Sofa, Tische, Stühle, Spiegel, Flurgarderoben usw. verkauft

Wilke, Uhlendstraße 11.

Maschinenöle und Fette

Marke „Nordöl“

liefern zu Importpreisen

Edardt & Co., Gelp.

Holzsteinstr. 20/21 Tel. 217

Kafao

Schokoladen

Bralinen

Beamten-

Wirtschafts-Genossenschaft

e. G. m. b. H.

Stolz i. Pom.

Schulstraße 7.

Obligationensteuer.

Am 1. März 1924 ist die erste Zahlung auf die so genannte Obligationensteuer (Geldentwertungsausgleich bei Schuldverschreibungen, Dritte Steuernotverordnung Artikel 3, §§ 17 bis 23) fällig; sie ist ohne besondere Aufforderung an die Finanzkasse zu zahlen. Gleichzeitig ist dem zuständigen Finanzamt eine Steuererklärung in zwei Ausfertigungen einzureichen. Bordrucke zur Steuererklärung können von den Finanzämtern bezogen werden. Steuerpflichtig sind alle natürlichen Personen, Personenvereinigungen oder juristischen Personen des Privatrechts, die selbst oder deren Rechtsvorgänger Schuldverschreibungen begeben und nicht bis zum 1. Januar 1918 getilgt haben. Schuldverschreibungsähnliche Aktien, die bis zum 14. Februar 1924 getilgt sind, werden wie Schuldverschreibungen besteuert. Die am 1. März fällige Steuer beträgt 2 v. H. des um 15 v. H. (Aufwertungsbetrag der dritten Steuernotverordnung) verminderten Goldmarkbetrags der Schuldverschreibungen, d. h. 1,7 v. H. ihres vollen Goldmarkbetrags. Bei den bis zum 1. Januar 1918 begebenen Schuldverschreibungen ist der Goldmarkbetrag gleich dem Nennbetrag. Bei den später begebenen Schuldverschreibungen sowie bei den Tilgungsbeträgen ist der Goldwert über den Berliner Dollarmittelkurs (1 Dollar = 4,20 Goldmark) zu errechnen. Für die Zeit bis zum 2. Februar 1924, dem Wiederbeginn der amtlichen Dollarkurse, sind vom Reichsfinanzministerium folgende Dollarkurse festgesetzt worden, auf Grund deren sich die in den Nebenspalten angegebenen Umrechnungssätze für 1 Goldmark ergeben:

Table with columns for 1918, 1919, 1920 and rows for months from January to December, showing exchange rates for Dollar and Goldmark.

Für die spätere Zeit entscheidet der Berliner Dollarmittelkurs (Auszahlung New York) am Tage der Begebung.

Als Tag der Begebung gilt in jedem Falle der Tag, an dem die Schuldverschreibungen der betreffenden Emission erstmalig ausgegeben oder veräußert oder verpfändet oder zum Gegenstand eines Geschäfts unter Lebenden gemacht oder die ersten Zahlungen auf sie geleistet worden sind. Wird die am 1. März fällige Steuer nicht spätestens bis zum 8. März entrichtet, so ist für jeden auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgenden angefangenen halben Monat ein Zuschlag von 5 v. H. des Rückstandes zu zahlen.

Stolz, den 27. Februar 1924. Finanzamt.

Ein gutes Mittagessen für eine Mark Im Kaufmanns-Wallhaus!

Rum

Cognac

Vikore

Beamten-

Wirtschafts-Genossenschaft

e. G. m. b. H.

Stolz i. Pom.

Schulstraße 7.

Bekanntmachung.

VIII. Nachtrag

zum Beschluß über die gesetzliche Miete.

Auf Anordnung des Herrn Ministers für Volkswohlfahrt wird der Beschluß über die gesetzliche Miete vom 15. 9. 1922 wie folgt geändert:

12. 10.

I.

- 1. Der Zuschlag für laufende Instandsetzungsarbeiten (§ 2 Nr. 2) wird auf 8 v. H. der Friedensmiete in Gold erhöht. 2. Anstelle des bisherigen § 5 tritt folgende Bestimmung:

§ 5.

Bei Festsetzung des Hundertsatzes für Betriebskosten (§ 2 Nr. 3) ist unterstellt worden, daß in dem Betriebskostenzuschlag von 15% für Wassergeld 3% der Friedensmiete enthalten sind. Weist der Vermieter den Mietern bezw. der Mietervertretung nach, daß er mit diesem Hundertsatz nicht ausgekommen ist, so kann er den 3% der Friedensmiete übersteigenden Betrag für Wassergeld auf die Mieter umlegen.

Sobald der gemeindliche Zuschlag zur staatlichen Steuer vom Grundvermögen mehr als 100% beträgt, sind die Vermieter berechtigt, auch den 100% übersteigenden Betrag auf die Mieter umzuliegen.

Reichen im übrigen die 15% der Friedensmiete zur Deckung der von den Vermietern geforderten Betriebskosten nicht aus, so kann der ungedeckte Mehrbetrag bis zur Höhe von 3% der Friedensmiete umgelegt werden. Hat ferner der Vermieter im Monat Februar nachweislich für Wassergeld mehr als 3% der Friedensmiete gezahlt, und ist er im übrigen mit einem Betriebskostenzuschlag von 18% nicht ausgekommen, so kann er die Mehrkosten für Wassergeld auf die Mieter umlegen. Das Gleiche gilt für den Zuschlag zur Grundvermögenssteuer, soweit er im Monat Februar 100% überstiegen hat.

Die Umlage hat nach dem Verhältnis der Grundmiete zu erfolgen.

Kommen in einem Zahlungsabschnitte umlagfähige Betriebskosten nicht zur Umlage, so sind die hierdurch gesparten Beträge bei der nächsten Mietzahlung in Anrechnung zu bringen. Hat der Vermieter umlagfähige

Textilwaren

Konfektion

Schuhwaren

Beamten-

Wirtschafts-Genossenschaft

e. G. m. b. H.

Stolz i. Pom.

Schulstraße 7.

Betriebskosten für einen längeren Zeitraum im voraus zu entrichten, so muß er diese gleichmäßig für den Zeitraum, für den die Zahlung erfolgte, auf die einzelnen Mietzahlungstermine verteilen.

II

Dieser Nachtrag tritt, soweit nicht unter I Rückwirkung für den Februar 1924 angeordnet ist, am 1. März 1924 in Kraft.

Stolz, den 27. Februar 1924.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Auf der Strecke Stolz-Budow verkehren ab 1. März d. Js. die Personenzüge 1-4 wieder werktätlich und am 1. Sonntag im Monat nach folgendem Fahrplan:

Table with columns for Zug 1, Zug 3, Zug 2, Zug 4 and rows for departure and arrival times at Stolz and Budow.

Die Güterzüge 301 und 302 sind von genanntem Tage ab nicht mehr für Personenbeförderung eingerichtet. Stolz, den 28. Februar 1924.

Die Bahnverwaltung.

Teer- u. Oelfässer sowie

Heringsonnen

kauft jeden Posten

zu höchsten Preisen

Hermann Geiß, Stolz

Raumateili- u. G. og handlung Fernspreche: 193 und 194

Zigarren

Zigaretten

Rauchtabake

Beamten-

Wirtschafts-Genossenschaft

e. G. m. b. H.

Stolz i. Pom.

Schulstraße 7.

Franz Meseck

Erste Bierquelle, Sandberg 1.

Freitag, den 29. Februar

Großes Bockbierfest

Im Saale Unterhaltungsmusik. Gießen, Bodwork und Saucetrant.

Zu regem Besuch ladet freundlichst ein

Willy Reissmann.

Burschen- und Knabenanzüge

vom einfachsten bis zum elegantesten bekommen Sie stets in

Yutter's Etagegeschäft

Friedrichstraße 6

Campenschirme

Ampeln, Teepuppen

liefert schnell, gut und billig.

Frau E. Albrecht

Friedrichstraße 26.

!! Das Beste ist das Billigste !!

Schuhwaren

in nur guten Qualitäten zu trotzdem billigsten Preisen. In unserer Werkstatt

prima Naarbeit sowie Reparaturen

in sauberster Ausführung zu äußerst billigster Berechnung.

Eduard Müller u. Fritz Hölge

Schuhmachermeister - Mittelstraße 29.

Instrumentenhandlung

Karl Knuth, Stolz

Langestraße 47

Einzige Werkstatt

für Instrumentenbau in Stolz

empfehlen

gute klangreine und haltbare Musikinstrumente, Zubehör- und

Ersatzteile, Schallplatten

Einzige Werkstatt für Instrumente auch Reparaturen schnell, gut und billig.

Toilettenseifen

Waschseifen

Seifenpulver

Beamten-

Wirtschafts-Genossenschaft

e. G. m. b. H.

Stolz i. Pom.

Schulstraße 7.